

Editorial

Wir freuen uns, Ihnen die neueste Ausgabe der „Recht und Zugang“ vorstellen zu dürfen. Einen Schwerpunkt bilden diesmal spezifische Fragen des Zugangs zu Gerichtsentscheidungen. Diese Ausgabe basiert auf den Beiträgen, die während des Workshops „Zugang zu Gerichtsentscheidungen“ am 17. November 2023 an der Justus-Liebig-Universität Gießen vorgetragen und diskutiert wurden.

Obgleich Gerichtsentscheidungen gemäß § 5 Abs. 1 Var. 5 UrhG gemeinfrei sind und somit im Besitz der Allgemeinheit, gestaltet sich der Zugang in der Praxis als schwierig. Gründe hierfür liegen u.a. in der Intransparenz der juristischen Datenbanken, in den Regeln für die Akteneinsicht und in der Art und Weise, wie Staatsanwaltschaften und Archive die Akten organisieren.¹ Dabei spielen Gerichtsentscheidungen, die im Namen des Volkes gesprochen werden, eine zentrale Rolle in der öffentlichen Meinungsbildung, der Konkretisierung von Gesetzen und der Rechtsfortbildung.² Darüber hinaus tragen sie auch zu der Transparenz der Justiz bei. In einer Zeit, in der Transparenz und Nachvollziehbarkeit staatlichen und justiziellen Handelns im Fokus stehen, ist der Zugang zu Gerichtsentscheidungen ein elementarer Baustein unseres Rechtssystems. Diese Ausgabe beleuchtet verschiedene Facetten dieses Themas und bietet wertvolle Einblicke aus unterschiedlichen Perspektiven: Rechtspraxis, Archiv und Forschung.

Die Idee zu unserem Workshop entstand aus der Arbeit am DFG-geförderten Projekt „Seeing Antisemitism Through Law: High Promises or Indeterminacies?“. In diesem Rahmen wurde die Open Access-Datenbank „Seeing Antisemitism: A Case Law Collection“ entwickelt. Diese sammelt Gerichtsentscheidungen aus Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Polen mit antisemitischem Bezug seit 1945.³ Ziel ist es, die wissenschaftliche Debatte um Recht und Antisemitismus mit Daten zu bereichern, die in bestehenden Datenbanken und Entscheidungssammlungen oft fehlen. Dabei stießen wir auf zahlreiche Herausforderungen, wie die begrenzte Auffindbarkeit relevanter Urteile durch Schlagwortsuchen, die unzulängliche Veröffentlichungspraxis von Instanzgerichten, den aufwändigen und oft ineffizienten Kommunikationsprozess mit Staatsanwaltschaften und Archiven sowie hohe Kosten und Zeitaufwand für die Reproduktion und Anonymisierung von Akten. Diese Schwierigkeiten verdeutlichten die Notwendigkeit eines Workshops mit Vertretern und Vertreterinnen aus Archiven, Rechtspraxis und Forschung, um Strategien zur Verbesserung des Zugangs zu Gerichtsentscheidungen zu entwickeln und zu diskutieren.

Um die verschiedenen Aspekte dieses wichtigen Themas umfassend zu beleuchten, werden in dieser Ausgabe eine Reihe von Beiträgen zusammengestellt, die verschiedene Perspektiven und Ansätze darstellen.

1 Pingen, Steger, Unter der Lupe, RuZ 2–2023, 205–222. DOI: 10.5771/2699-1284-2023-2-205.

2 Vertiefend hierzu siehe Hamann, JZ 13/2021, 656–665. DOI: 10.1628/jz-2021-0225.

3 Siehe Datenbank unter folgender Adresse: satl.uwazi.io.

Den Auftakt macht der Artikel von Nadja Rabeneck und Michael Fammler, die die urheberrechtlichen Grenzen der Gemeinfreiheit von Gerichtsentscheidungen untersuchen. Sie beleuchten, inwieweit Gerichtsentscheidungen urheberrechtlich geschützt sind und welche Implikationen dies für die freie Verwertbarkeit und Veröffentlichung hat. Ihr Beitrag stellt eine fundierte Analyse der rechtlichen Rahmenbedingungen dar und zeigt auf, wie sich diese auf die Praxis auswirken.

Im Anschluss daran beschäftigt sich Elias Miorandi mit der Abbildung von Antisemitismus in der Justizüberlieferung im Hessischen Landesarchiv. Der Artikel beleuchtet die Herausforderungen und Möglichkeiten der archivischen Überlieferungsbildung in Bezug auf antisemitisch motivierte Straftaten. Dabei wird deutlich, wie wichtig die Zusammenarbeit zwischen Forschung, Justiz und Archiven ist, um eine vollständige Dokumentation zu gewährleisten.

Der dritte Beitrag von Kai Naumann führt uns in die neuen Methoden zur Ermittlung des bleibenden Werts von Gerichtsakten ein. Naumann zeigt, wie digitale Tools und datenanalytische Verfahren dazu beitragen können, archivwürdige Akten effizienter und zielgerichteter auszuwählen. Er erläutert die praktische Umsetzung dieser Methoden und diskutiert deren Vorteile und Herausforderungen.

Andreas Nestle und Michael Unger widmen sich in ihrem Artikel der Bewertung von Zivilprozessakten bayerischer Amtsgerichte. Sie berichten von einem Pilotprojekt zur angewandten Datenanalyse und zeigen auf, wie moderne Technologien die archivische Bewertung verbessern können. Ihr Werkstattbericht gibt einen detaillierten Einblick in die Praxis und die erzielten Ergebnisse, die für zukünftige Projekte richtungsweisend sein können.

Abschließend bietet Julia Habermann einen Erfahrungsbericht über den Zugang zu Strafurteilen und deren Auswertung. Sie schildert die praktischen Herausforderungen und den Erkenntnisgewinn, der sich aus der Analyse von Strafurteilen für die wissenschaftliche Forschung ergibt. Ihr Artikel richtet sich an Forschende und Interessierte, die sich mit der Nutzung von Gerichtsentscheidungen als Informationsquelle auseinandersetzen möchten.

Diese Sonderausgabe vereint eine breite Palette an Themen und Perspektiven und unterstreicht die Bedeutung des Zugangs zu Gerichtsentscheidungen für Wissenschaft, Rechtsprechung und Gesellschaft. Wir hoffen, dass die Beiträge Sie inspirieren und zu weiteren Diskussionen und Forschungen anregen.

Ann-Kathrin Steger und Anna Pinggen